



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/71

20. Juni 1949

## Schumacher eröffnet Wahlkampf

Der Vorsitzende der SPD entwirft die Grundsätze der sozialdemokratischen Politik.

(Eigenbericht) Gelsenkirchen

In Gelsenkirchen, der Stadt der Kohle und des Eisens, eröffnete die Sozialdemokratische Partei Deutschlands am 17. bis 19. Juni den Wahlkampf für den Bundesparlament. Am Sonntag begrüßten etwa 60 000 bis 70 000 Menschen aus allen Teilen des grössten sozialdemokratischen Bezirkes Westliches Westfalen auf einer grossen öffentlichen Kundgebung sehr herzlich den Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher, den Mann der leidgeprüften Erfahrung, der unbeugsamen Energie und der klaren politischen Konzeption. Ausserer Anlass war der Parteitag dieses Bezirkes, der gegenwärtig weit über 100 000 Mitglieder zählt, ein Bestand, der sich ständig vermehrt.

Die über dreistündige Rede Schumachers war der Höhepunkt der Tagung. In den Vordergrund seiner Ausführungen stellte Kurt Schumacher die Erkenntnis, dass die Liquidation des verlorenen Krieges nicht ohne Planung vorgenommen werden könnte. Deutschland in seiner gegenwärtigen Situation verglich er mit einer Zitrone, die von einer im Grunde politisch bankrotten Oberschicht ausgepresst werde. Er wiederholte seine Münchener Feststellung: "Die Armen sind ärmer, die Reichen sind reicher geworden. Das ergibt ein Bild, in dem der ungedeckte Bedarf des kleinen Mannes neben der Luxusexistenz der Sachwertbesitzer steht". Schumacher griff scharf die Hortungspolitik des deutschen Unternähmertums an und bezeichnete sie als ein Verbrechen am gesamtdeutschen Volke: "Die Demokratie, die wir erstreben, ist keine hochmütige Predigt, sondern ehrliche Lebensgestaltung. Es gibt nur eine Reorganisation Deutschlands in einem reorganisierten Europa. Es ist das gewiss nach dem, was das Dritte Reich an Ungesetzlichkeit und Zerstörung Europa angetan hat, eine sehr schwere Aufgabe, die bereits über die deutsche Problematik hinausgeht. Aber diese Aufgabe muss bewältigt werden, denn mit Deutschland als Bleiklotz an seiner Entwicklung kann sich das bis an die Elbe und darüber hinaus zurückgedrängte Mittel- und Westeuropa nicht halten".

Schumacher wandte sich dann gegen die permanente Intervention der Westmächte, die er ein Verhängnis nannte. Zum deutsch-französischen Verhältnis erklärte er: "Wir sind für die deutsch-französische Verständigung, aber wir sind nicht dafür, uns von der unheilvollen Allianz eines französischen Generals und eines römischen Kardinals beherrschen zu lassen. Gekuscht wird nicht!"

Kurt Schumacher ging ausführlich auf den Werdegang des Bonner Grundgesetzes ein und betonte, dass das Nein der deutschen Sozialdemokratie der zweite Schritt auf dem Wege für die Gestaltung eines einigen Deutschlands gewesen sei. Der erste war die Ablehnung der kommunistischen Zwangsvereinigung zur SPD. Der dritte Schritt, der noch getan werden müsse, sei die Magnetisierung des deutschen Ostens durch den deutschen Westen.

Zur kulturpolitischen Situation erklärte der Redner: Wenn heute die CDU den Kampf wieder unter der Parole Marx oder Christus zu führen gedenke, dann erkläre die Sozialdemokratie dazu, dass sie stets bereit sei, die Rechte der Kirche auf religiösem Gebiet zu respektieren. Sie unterwerfe sich aber niemals einer politischen Konzeption des Christentums. Er sei überzeugt, dass in der Frage des Konkordats eine sachliche Aussprache mit den einfachen Leuten im katholischen Industriegebiet zeigen würde, dass die SPD nicht kirchenfeindlich ist, dass aber ihre Pflicht auch gegenüber den katholischen Menschen die ist, ein Deutschland entstehen zu lassen, in dem der oberste Faktor nicht die Kirche ist. "Wir wünschen keinen Kulturkampf und lassen uns auch nicht auf diese Ebene drängen. Wir haben in unserer Parteiführung Träger der verschiedensten ethischen, religiösen und philosophischen Anschauungen. Sie sind gleichberechtigt in der Willensbildung der Partei."

Unter Bezugnahme auf die aussenpolitische Situation wies Schumacher auf die Moskauer Spekulation hin, an der Ruhr wieder ein Wort mitsprechen zu können. Die Rolle der Kommunisten sei in diesem Fall die eines Sowjetbeauftragten! "Wenn nationalrussische Interessen auf dem Spiele stehen, sind die deutschen Kommunisten bereit, dem deutschen Volk in den Rücken zu fallen. Die Kommunisten haben sich freiwillig, mindestens in ihrer Führerschaft, ausserhalb des deutschen Parteiensystems gestellt, sie wollen und können keine deutsche Politik machen".

Unter besonders lebhaftem Beifall wandte sich Schumacher dann der Verhaftung und Verurteilung der Berliner "Falken"-Führer zu. "Die sogenannte Freie deutsche Jugend", sagte er, "die im Grunde nichts anderes ist als eine russische Staatsjugend deutscher Herkunft, ist weder frei, noch deutsch. Und es ist die Aufgabe der Partei und unserer Organisationen, diese sogenannte Freie deutsche Jugend in Westdeutschland aus dem öffentlichen Leben praktisch auszuschalten".

Die deutsche Linke werde durch die Sozialdemokratie repräsentiert und allein durch sie. In der Ostzone sei nicht die CDU und nicht die LDP, sondern die SPD die Trägerin des Widerstandes. "Wir haben das besonders beim Zusammenbruch der sogenannten Volkskongressbewegung erlebt, wo es die Arbeiter Sachsens und Thüringens waren, die in ihrer Masse mit Nein gegen den ganzen Schwindel stimmten".

Schumacher schloss mit den Worten: "Wir brauchen ein grosses, freies Deutschland, nicht unter dem Gesichtspunkt der Machtpolitik, sondern unter dem der europäischen Gleichberechtigung. Wir wollen keine besondere Mission, aber wir haben eine nützliche und notwendige Funktion, die der neuendischen Demokratie in einem neuen Europa."

In seiner Begrüßungsansprache hatte Fritz Henssler, der Führer der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet und Oberbürgermeister von Dortmund, noch einmal scharf gegen jede weitere Demontage Stellung genommen. "Aus taktischen Gründen", so sagte er, "redet man von Sicherheit, aber man denkt an Konkurrenzverhinderung. Diese Zerstörungspolitik ist aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen abzulehnen. Aufbauen und nicht zerstören, ist das Gebot der Stunde".

Henssler wandte sich auch gegen Professor Erhard, der bestreite, dass eine echte Arbeitslosigkeit bedeutenden Umfanges bestehe. Unter dem Gesichtspunkt der maximalen Bedarfsdeckung seien heute weit weniger Wünsche des deutschen Volkes erfüllt, als das selbst unter so erschwerenden Umständen, wie sie heute bestehen, möglich sei. Unverkennbar und abzulehnen sei der Versuch der CDU und ihrer Wirtschaftspolitiker, einfach die gestrige Ordnung zu erneuern, drapiert mit einigen schmückenden Worten aus der sozialen Terminologie.

Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Nölting, sprach sich in der Diskussion gegen die Zwangswirtschaft aus, die er ein Überbleibsel aus der Nazizeit nannte. Notwendig sei freilich eine gelenkte Wirtschaft, die in der Lage sei, den Bedarf des Volkes an allen Dingen zu decken, die zum Leben notwendig sind. Zwangswirtschaft aber sei unvereinbar mit einer echten Demokratie, vergifte den Volkskörper und treibe zur Denunziation. Bessere Rohstoffzufuhr und gesundes Geld bezeichnete Nölting als die Grunderfordernisse unserer heutigen Wirtschaftssituation.

\* \* \*

Die Kundgebung in Gelsenkirchen war wohl die bisher eindrucksvollste im Ruhrgebiet seit dem Ende des Krieges und der Neuerstehung der deutschen Sozialdemokratie. Hunderte von LKW's und Omnibussen aus z.T. weit entfernten Orten und Kreisen hatten viele Tausende von Menschen herbeigebracht, von denen die meisten Dr. Schumacher wohl noch nie selbst gesehen oder hatten sprechen hören. Auf der internen Parteisitzung folgten rund 300 Delegierte mit atemloser Aufmerksamkeit den Darlegungen Schumachers. Die Diskussion war entsprechend lebhaft und interessiert. In dieser Sitzung, wie in der öffentlichen Kundgebung, war der Beifall für Schumacher stellenweise von tumultartiger Stärke.

Am Sonntag vormittag hatte der Vorsitzende der SPD das Werk Gelsenberg-Benzin in Gelsenkirchen besucht, das auch auf die Demontageliste gesetzt worden ist, obwohl Betriebsleitung und Betriebsrat noch im vergangenen Herbst die britische Zusicherung zur Produktion erhalten hatten und obwohl das Werk seit der Währungsreform für das Wiederingangbringen der Produktion annähernd 20 Mill. D-Mark investiert hat, die bei einer Durchführung der Demontage glatt verloren wären.

- - - - -

Französische Aussenpolitik nach der Pariser Konferenz

Von unserem Korrespondenten Alfred Frisch, Paris

Die Pariser Aussenministerkonferenz verursachte eine Unterbrechung der normalen diplomatischen Tätigkeit. Die verantwortlichen Stellen waren verständlicherweise sehr stark mit den ermüdenden Sitzungen beschäftigt. Andererseits wollte man aber auch eine Verschärfung der Spannungen durch weitere Schritte auf dem Wege der Bildung eines westdeutschen Staates vermeiden. In diesem Sinne hat sich ein Sprecher des französischen Aussenministeriums sehr deutlich geäussert. Die Pariser Konferenz ist nunmehr zu Ende und die Westmächte müssen, unabhängig von weiteren Bemühungen, mit der Sowjetunion zu einer Einigung zu gelangen, ihre eingeleitete Politik zu Ende führen. Der erste Schritt wird zweifellos die Inkraftsetzung des Atlantikpaktes mit der sich daraus ergebenden amerikanischen Rüstungshilfe für Europa sein. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange.

Der zweite Punkt von Bedeutung ist die Organisation Westdeutschlands. Bisher erfolgte lediglich die Ernennung Francois-Poncets als Hochkommissar, aber weder das genaue Datum seines Amtsantritts, noch sein Amtssitz sind festgesetzt worden. Der in der Presse genannte Termin des 15. Juli wird als unwahrscheinlich und verfrüht bezeichnet. Die Wahl eines Schlosses in Mainz für Francois-Poncet wurde ziemlich eindeutig dementiert. Auch über das Schicksal General Königs ist noch nichts Genaues zu erfahren. Sein Rücktritt wird zwar erwartet, er ist jedoch keineswegs sicher. Das Gleiche gilt für den in der deutschen Presse bereits angekündigten Personalabbau. Nach den in Paris umgehenden Gerüchten hat zwar Francois-Poncet nicht die Absicht, den bisherigen Beamtenapparat in der französischen Zone aufrecht zu erhalten, und er soll noch weniger gewillt sein, mit den augenblicklich tätigen, höheren Beamten zusammenzuarbeiten. Er wird sich seine Berater selbst auswählen. Dadurch kann sich wenigstens vorübergehend eine Zunahme des französischen Personalstandes ergeben.

Die Verwirklichung der Trizone ist ebenfalls noch ein Zukunftstraum. Die Verwaltung in Baden-Baden scheint an der möglichst langen Aufrechterhaltung ihrer völligen Unabhängigkeit sehr stark interessiert zu sein. In Paris sieht man in der Bildung einer deutschen Regierung die wesentliche Voraussetzung für eine tatsächliche Zonenzusammenlegung. Von grosser Bedeutung wird auch die Errichtung einer einheitlichen, deutschen Vertretung bei der Marshallplan-Verwaltung in Paris sein, zumal die amerikanischen Kredite in der Wirtschaft der französischen Zone eine ganz entscheidende Rolle spielen.

Schliesslich darf man auch nicht den Einfluss einer Änderung der deutschen Ländergrenzen auf die Zonenverwaltung unterschätzen. Eine grössere Unabhängigkeit der deutschen Verwaltungen gegenüber den französischen Besatzungsbehörden dürfte erst dann möglich sein, wenn die Landesgrenzen nicht mehr mit den Zonengrenzen übereinstimmen.

Die ehrliche Absicht der französischen Regierung, die Trizone nach Bildung einer deutschen Regierung vorbehaltlos zu verwirklichen, steht ausser Zweifel. Dessen ungeachtet ist aber in Zukunft mit lokalen Widerständen zu rechnen, da die verschiedenen Besatzungsstellen bemüht sein werden, ihre Vorrechte und die damit verbundenen materiellen Vorteile aufrecht zu erhalten. Auch auf diesem Gebiet wird weitere Geduld erforderlich sein in dem Bewusstsein, dass die Wunden, die der Nationalsozialismus in der ganzen Welt geschlagen hat, eben nur langsam heilen können.

#### Der Widder von Prag

sp. Beran heisst auf deutsch Widder. Die Gestapo hat den katholischen Widder der Tschechen nach Dachau gebracht - gebrochen hat sie ihn nicht. Zu keiner Zeit waren die Kirchen von Böhmen und Mähren stärker mit Gläubigen besucht, als zur Zeit des "Protektorats". Heute ist es in der Tschechoslowakei nicht anders. Die Tschechen sind keine Revolutionäre. Sie haben während der Zeit des Protektorats nur einmal aufbegehrt; das war am 28. Oktober 1939 knapp nach dem Polenfeldzug, als in einer Mischung allslawischen Sentiments und Reaktion auf die eigene Unterdrückung ein tapferer, aber aussichtsloser Versuch unternommen wurde, dem "Reich" die Zähne zu zeigen. Die Zähne wurden brutal und ohne Betäubung ausgebrochen und von nun an gab es keinen tschechischen Widerstand mehr; der Prozentsatz an Sabotagefällen war während des ganzen Krieges im Protektorat geringer als im Reich. Aber im Halbdunkel der gefüllten Kirchen konnte man die wahre Stimmung des tschechischen Volkes spüren; ungreifbar, nicht fassbar, wenn auch ohne sichtbare Wirkung die Geschehnisse im Lande.

Die Szenen, die sich auf der Prager Burg abspielten, als Erzbischof Beran die Fronleichnamfeier mit zwei Tagen erzwungener Verspätung nachholte, können als ein Gegenstück zu der Demonstration vom 28. Oktober 1939 gewertet werden. Unmittelbar vor dem Eingang zur Burg erhebt sich das bischöfliche Palais, wie alles, was an diesem Platz zusammengedrängt ist, ein Gebäude mit Geschichte. Nur knappe 200 m Entfernung trennen das bischöfliche Palais vom Veitsdom, dazwischen liegen, Sinnbild der weltlichen Macht, die Amtsräume des Staatspräsidenten. Von seinem Schreibtisch aus konnte der Kommunist Gottwald die Huldigungen sehen, die dem Erzbischof nach der Szene im Veitsdom entgegengebracht wurden. Ob Gottwald dabei wohl zumute war, kann bezweifelt werden. Er mag <sup>an</sup> seine Freunde in Budapest gedacht haben und wahrscheinlich auch daran, ob er im Augenblick einen tschechischen Mindszenty riskieren kann. Vielleicht hat Gottwald auch daran gedacht, dass unweit der Stelle, an der Beran gehuldigt wurde, mit dem zweiten Fenstersturz von Prag einst der Dreissigjährige Krieg seinen Ausgang nahm und vielleicht werden diese Überlegungen und die Schlüsse, die er daraus auf die Mentalität seiner Landsleute ziehen muss, ihn in einen Konflikt mit Moskauer Befehlen bringen, aber er wird klug daran tun, diese Erscheinungen nicht zu missochten. Es wäre freilich schön, könnte man heute sagen, dass das Gewissen der tschechischen Katholiken auch wach war, als mit den Deutschenverfolgungen das Regime der harten Faust in Prag eingeleitet wurde. -dt.

### Einigung der italienischen Sozialisten

sp. Die Bemühungen der auf der Internationalen Sozialisten-Konferenz in Saarn gebildeten Comisco-Delegation, die verschiedenen, jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnenden sozialistischen Gruppen wieder zu einer grossen Partei echter Sozialisten zusammenzuschliessen, haben zu einem erfreulichen Ergebnis geführt. Während des dreitägigen Parteikongresses der Saragat-Sozialisten, der soeben in Rom abgeschlossen wurde, fiel es der internationalen Delegation, die sich aus Julius Deutsch (Österreich), Marius von der Goez (Holland), Georges Brutelle (Frankreich) und Michael Foot (England) anstelle des verhinderten Morgan Philipps zusammensetzte, zu, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, die zwischen den Saragat-Sozialisten und den Anhängern Giuseppe Romitas, der "Unione dei Socialisti" Ignazio Silones und den Freunden Constantinis und Vallanis bestanden. Ein eindringlicher Appell von Julius Deutsch zum Zusammenschluss war kaum verhallt, als ein Vertreter der Gruppe Silone eine Erklärung zu verlesen begann, in der scharfe Angriffe gegen die in der Regierung De Gasperi weilenden sozialistischen Minister gerichtet wurden. Diese Erklärung löste energischen Widerspruch aus und es schien in der Folge, als würde die Vermittlerrolle der Delegation negativ verlaufen. Nach sehr lebhaften, oft leidenschaftlichen Auseinandersetzungen setzte sich zuletzt aber doch der Wille durch, durch Zurückstellung partikularer Interessen den Neuaufbau einer einheitlichen Sozialistischen Partei Italiens zu ermöglichen, die im politischen Leben Italiens wieder ein bestimmende Rolle zu spielen vermag. Man beschloss, eine neue Partei zu gründen und für den August einen neuen Kongress nach Rom einzuberufen, auf dem die Politik der neuen Partei festgelegt werden soll. Mit grosser Mehrheit wurde am letzten Kongress-Tag ausserdem eine Resolution angenommen, die sich für ein weiteres Verbleiben der sozialistischen Minister in der Regierung ausspricht. Das bedeutet, dass sich Saragat, der sich besonders stark dafür eingesetzt hat, mit seiner Ansicht behauptete.

b/B.65/206/1/hs)

### Theorie und Praxis des Elternrechts

#### Ein bezeichnendes Beispiel aus Nordrhein-Westfalen

sp. Die christlichen Parteien - allen voran die CDU - vertraten bei den Verhandlungen des Bonner Grundgesetzes mit heiligem Eifer die Auffassung, dass das Elternrecht verfassungsmässig verankert werden müsse. Nach ihrer Auffassung haben allein die Eltern das Recht, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Dieses, auf das Naturrecht begründete Recht der Eltern könne von niemandem, weder vom Staat, noch sonst irgend einer Gemeinschaft, aufgehoben oder beseitigt werden. Die Eltern allein sollen bestimmen dürfen, ob ihre Kinder in einer katholischen, evangelischen oder in einer christlichen Gemeinschaftsschule unterrichtet werden. Soweit die bestehende Theorie vom Elternrecht,

Anders aber die Praxis.....

In der Gemeinde Burscheid, im Kreise Opladen des Regierungsbezirks

Düsseldorf im Lande Nordrhein-Westfalen besteht eine einklassige katholische Volksschule, in der 21 katholische und 22 evangelische Kinder und 1 Kind ohne Religionsbekenntnis gemeinschaftlich unterrichtet werden. Bei einer Wahl der Eltern, bei der die endgültige Schulform bestimmt werden sollte, stimmten von 18 katholischen Eltern 17 für eine katholische Schule und von 23 evangelischen Eltern 18 für eine evangelische Schule, 3 Eltern stimmten für eine Schule ohne Bekenntnis. Nach der Theorie vom Elternrecht lag hier ein ganz klarer Fall vor. Der Volksschulausschuss der Gemeinde Burscheid löste diesen Fall ebenso klar und eindeutig. Er fasste einstimmig den Beschluss, die Volksschule in Burscheid als christliche Gemeinschaftsschule zu führen. Eine Lösung, die jedem Vertreter des Natur- und Elternrechts Freude gemacht haben dürfte.

Die Burscheider Eltern- und Gemeindevertreter haben aber nicht mit den regierungsamtlichen Eltern- und Naturrechtsvertretern gerechnet. Der katholische CDU-Schulrat in Opladen war gegen den Willen der Eltern und den Beschluss der Gemeindevertretung, aus einem recht einfachen Grunde, den er den Gemeindevertretern klarzumachen versuchte. Er war der Meinung, dass die historische Entwicklung der Burscheider Schule - sie ist seit 100 Jahren katholisch - nicht in Übereinstimmung zu bringen sei mit dem neuerdings bekanntgewordenen Willen der Eltern und Gemeindevertreter. Er wandte sich an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten mit der Bitte, dem Beschluss der Gemeindevertretung die Genehmigung zu versagen. Der ebenfalls katholische Regierungsvorteiler, Herr Schwidden, entsprach in Abwesenheit des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten dieser Bitte und entschied gegen den klar zum Ausdruck gebrachten Willen der Burscheider Eltern und der Gemeindevertretung. Diese protestierten gegen die Entscheidung des Regierungsvorteilers beim nordrhein-westfälischen Kultusminister, der ebenfalls im Sinne des katholischen Schulrates und des katholischen Regierungsvorteilers gegen den Willen der Eltern und Gemeindevertretung entschied. Kein Wunder! Ist doch dieser Kultusminister ein Mitglied der CDU und ebenfalls katholisch.

Womit bewiesen wäre, dass das Elternrecht von der CDU und den Katholiken nur dort mit aller Schärfe vertreten wird, wo es um die Belange katholischer Eltern geht. Dass aber dort, wo der Wille der Eltern und die demokratische Entscheidung einer Gemeindevertretung eine andere als katholische Schulform, gestützt auf eben dasselbe Eltern- und Naturrecht, wünscht, die historische Entwicklung einer Schule erhalten muss, um das natürliche Recht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, aufzuheben. Womit weiter bewiesen wäre, dass Elternrecht kein Recht der Eltern ist und Naturrecht kein natürliches Recht, da es durch die historische Entwicklung aufgehoben werden kann.

(b/R/206/1/hs)

### Erschütternde Zahlen von Bergkamen

sp. Auf dem Bezirksparteitag der SED (Bezirk Westliches Westfalen) in Gelsenkirchen gab der Landtagsabgeordnete des Bezirks Unna, Alfred Gleissener, über Bergkamen folgende Zahlen bekannt:

<u>Bergkamen!</u> Einwohner 6 000.	
Verluste der Bevölkerung bei verheimlichtem Gruben-	
unglück 1944 auf Zeche Grimberg	107 Tote
bei Grubenunglück 1946 (liegen noch in der Grube)	404 "
durch Bombenangriffe	509 "
an den Fronten des Zweiten Weltkrieges	280 "
	<hr/> 1300 Tote

Über 20 Prozent der Bevölkerung sind also eines gewaltsamen Todes seit 1944 gestorben.

80 Prozent der Häuser wurden durch Bomben zerstört, darunter alle Schulen und Kirchen.

Die Militärregierung hat zum Aufbau der völlig zerstörten chemischen Werke 12 Millionen Mark investieren lassen. Die Werke wurden damit zu 80 Prozent aufgebaut und beschäftigten vor der Demontage 240 Frauen, nämlich die Witwen der bei den Grubenunglücken umgekommenen Bergleute. Diese Witwen werden jetzt arbeitslos.

Die Grube Grimberg 2, in der noch 404 Tote liegen, brennt heute noch. (b/B.50a/206/1/hs)

### Neuwahlen in Australien und Neuseeland

(sp.) Sowohl in Australien, in dem seit 1941 eine Labour Regierung am Ruder ist, als auch in Neuseeland, das bereits seit 1935 sozialistisch regiert wird, finden noch in diesem Jahr Parlaments-Neuwahlen statt. Neuseeland, in dessen 80-Mann-Parlament die Labour Party mit 43 Sitzen die absolute Mehrheit besitzt, ist unter der Führung von Ministerpräsident Peter Fraser unbestritten eines der fortschrittlichsten und sozialsten Länder der Welt geworden. Bergarbeiter brauchen nur 35 Stunden in der Woche zu arbeiten, alle anderen Kategorien 40 Stunden. Nahezu ein Drittel der gesamten Staatseinnahmen wird sozialen Zwecken zugeführt. Trotz verstärkter Agetation der aus einigen Kapitalisten, Großgrundbesitzern und einem Teil der Bauernschaft bestehenden Reaktion ist die Labour Party überzeugt, auch diesmal wieder die Mehrheit für sich zu gewinnen und das soziale Aufbauwerk vollenden zu können, das unter der Regierung Fraser in Angriff genommen wurde.

In Australien rechnet die aus Liberalen und der sog. Landpartei gebildete Opposition damit, mit Hilfe der sog. "flutenden Stimmen" die Labour Party im Parlament zu Fall zu bringen. Das Parlament bestand bisher aus 74 stimmberechtigten und einem nicht stimmberechtigten Mitglied. Das neue Parlament soll 120 plus zwei Mitglieder umfassen. Die Labour Party erblickt in dem soeben von der Regierung Chifley vorgelegten Budget einen günstigen Faktor für den Ausgang der Wahlen.